



FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger über die horrenden Kosten der Sozialindustrie

Kesb: Jetzt braucht es Korrekturen

Von Daniela Schneeberger

Gut gemeint ist nicht gut gemacht: Die Abschaffung der Vormundschaftsbehörden zugunsten der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) hat jüngst für einige Schlagzeilen und für grossen Ärger gesorgt. Vor allem in die Kritik geraten ist die Entstehung einer richtigen «Sozialindustrie» – wie den Medien zu entnehmen war. Die Kostenexplosion hat aber nicht nur diesen Ursprung: Es geht darum, wie der Bund die Reform aufgegleist hat, wie die Kantone diese umgesetzt haben und wie die Gemeinden in diesen Prozess integriert worden sind. Jetzt geht es aber vor allem um die Bereitschaft, Korrekturen vorzunehmen.

Die Verwaltung schiebt Argumente vor, um die Probleme nicht anzupacken.

Aber von Anfang an: Die Reform wurde dem Parlament als Professionalisierung verkauft. Von einem Kostenschub dieser Grössenordnung war jedoch nie die Rede. Von der Verwaltung werden nun zwei Hauptargumente vorgeschoben, um die Probleme nicht anzupacken: Erstens müsse man Geduld haben und zuwarten und zweitens hätten die Gemeinden oft das Modell nicht richtig umgesetzt. Beide Aussagen sind falsch: Geduld ist die

falsche Medizin, denn die Probleme sind offensichtlich. Zuwarten macht nichts besser, auch wenn dies die Verwaltung will.

Die Gemeinden zu beschuldigen, ist genauso verkehrt. Die Gemeinden bemühen sich redlich, die Kosten im Griff zu halten, denn sie müssen die Kosten tragen – aber es mangelt an Unterstützung bei der Umsetzung –, oft sind sie mit den neuen Strukturen überfordert. Mich persönlich ärgert diese offensichtliche Fehlentwicklung bei der Kesb – denn sie findet auf dem Buckel der Allgemeinheit statt. Für mich ist dies deshalb auch klar ein Thema, das in der nationalen Politik aufgenommen werden muss.

Ich habe mich im Nationalrat dafür eingesetzt, dass der Bundesrat die Situation klärt und Verbesserungsmaßnahmen vorschlägt. Es darf nicht sein, dass das Sozialsystem durch diese Entwicklungen in Verruf gerät. Die Rolle der Gemeinden werde ich mir nun auch genauer anschauen und werde mit den Gemeindevertretern das Gespräch suchen. Es kann doch nicht sein, dass wir in den Gemeinden an allen Ecken und Enden sparen und uns Mühe geben, die finanzpolitischen Hausaufgaben zu lösen, und dass am anderen Ende im Bereich der Sozialhilfe immer grössere Kosten anfallen, die dann auch noch unter dem Titel der Professionalisierung entstehen.

Eine Professionalisierung macht Sinn, aber sie darf kein Deckmantel sein für eine fragwürdige Entwicklung.

Bei den Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden muss nun Ordnung geschaffen werden. Wir sind ein Land mit einem ordentlichen Wohlstand. Wir wollen als Bürgerschaft sicherstellen, dass jene, die in Not geraten, nicht alleine gelassen werden.

Mich persönlich ärgert diese offensichtliche Fehlentwicklung bei der Kesb.

Gleichzeitig kann es nicht sein, dass auf dem Buckel des Gemeinwesens immer grössere Kosten aufgetürmt werden, weil die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden schlecht funktioniert und die Politik die Probleme nicht ordentlich und anständig aufarbeitet.

Ausserdem dürfen wir die Gemeinden mit diesem Thema nicht alleine lassen. Der Föderalismus ist eine Chance: Nicht alle Kantone haben mit der Kesb Probleme. Lernen wir doch voneinander! Schauen wir doch in die anderen Kantone. Übernehmen wir, was funktioniert, räumen wir, was nicht taugt, weg. Mein Vorschlag: Jetzt die Fakten auf den Tisch, Modelle überprüfen und die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden so aufstellen, dass sie zu vernünftigen Kosten arbeiten. Wegschauen dürfen wir nicht!

Daniela Schneeberger ist FDP-Nationalrätin und wohnt in Thürnen.